

Newsletter der **CDU**-Ratsfraktion

Nr. 01/2017 – 17.02.2017



Inrechnungstellung der Flüchtlingsunterbringungskosten CDU: Beim Schuldner Land NRW hart bleiben!

In der gestrigen Ratssitzung ging die CDU-Fraktion hart mit dem Land NRW ins Gericht. Die rot-grüne Landesregierung hatte sich zuvor geweigert, eine

Rechnung der Stadt Mülheim an der Ruhr in Höhe von 27,3 Mio. € für die vollständige Erstattung der 2013 bis 2015 aufgelaufenen Flüchtlingsunterbringungs- und Integrationskosten zu begleichen. Ärgerlich ist es, wenn sich das NRW-Innenministerium mit seiner kommunalfeindlichen Zahlungsmoral hinter unzulänglichen, von Rot-Grün zu verantwortenden NRW-Gesetzen verstecken will. Zugleich verletzt die Landesregierung weiterhin das in der NRW-Verfassung (Art. 78 Abs. 3) verankerte sog. Konnexitätsprinzip („Wer Aufgaben bestellt, bezahlt sie!“) und ignoriert die Argumentation der Stadt.

CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels bekräftigte die Forderung der CDU-Fraktion, das in anderen Fällen bei säumigen Zahlern übliche Mahnverfahren einzuleiten und notfalls diese 27,3 Mio. € Landesschulden einzuklagen.

Ratsbeschluss: Weitere OGS-Gruppen für Schuljahr 2017/18

Die CDU-Fraktion sprach sich in der Ratssitzung zusammen mit anderen Fraktionen für einen [Änderungsantrag](#) aus, in dem die Weichen für die Einrichtung weiterer fünf Gruppen für die Offene Ganztagschule (OGS) ab dem Schuljahr 2017/18 gestellt wurden. Wichtig war der CDU-Fraktion, wie ihr bildungspolitischer Sprecher Heiko Hendriks MdL erklärte, dass mit diesem Ratsbeschluss die Eltern jetzt Planungssicherheit bekommen. Zur Gegenfinanzierung dieser Interimslösung werden Einsparvorschläge (z.B. Wahlmöglichkeit der Eltern für OGS-Betreuung bis 15.00 Uhr statt 16.00 Uhr, moderate Kürzung der Kooperationsmittel pro OGS-Gruppe) umgesetzt und die OGS-Elternbeiträge 2018 leicht angepasst.



Mit Rot-Grün-Rot wieder Bundespolitik im Rat

Auf Ablehnung der CDU-Fraktion stieß die Initiative von Rot-Grün-Rot, im Rat der Stadt mit einem Appell zur Beendigung der Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern nach Afghanistan die Flüchtlingspolitik des Bundes zum Thema eines Antrages zu machen. In einer [Erklärung](#) forderte der CDU-Fraktionsvorsitzende vor allem die Mülheimer SPD auf, nicht weiter mit gespaltener Zunge zu sprechen, nämlich in der Koalitionsregierung für das

deutsch-afghanische Rückführungsabkommen einzutreten und vor Ort dagegen zu reden.

Die CDU-Fraktion ist sich sehr sicher, dass auch die Mülheimer Ausländerbehörde in Fällen der Ausweisung bzw. der Rückführung in Frage kommender afghanischer Staatsbürger weiterhin umsichtig vorgeht.

Rot-Grün verantwortlich für die Verletzung der Geschäftsordnung

Unter den Augen der Sitzungsführung des Oberbürgermeisters erlebte gestern der Rat mehrfache Verstöße gegen die Geschäftsordnung des Rates. Verfristete Anträge von Rot-Grün-Rot (z.B. zum Thema „Abschiebestopp für afghanische Staatsbürger“) kamen auf die Tagesordnung, Anfragen wurden zu Debatten umfunktioniert (obwohl nur eine Zusatzfrage zulässig ist) und Debatten nach Beschlussfassung erneut geführt (obwohl damit der Tagesordnungspunkt erledigt ist).

Die CDU-Fraktion kündigte an, beim Oberbürgermeister initiativ zu werden, damit zukünftig die Geschäftsordnung des Rates stärker eingehalten wird.

SPD-Palaver über den Planungsdezernenten Prof. Peter Vermeulen

Obwohl der SPD-Antrag verfristet war, wurde er auf die Tagesordnung gesetzt. Er behandelte eine Lappalie: In der Lokalpresse hatte sich Herr Esser, der frühere SPD-Vorsitzende und heutige Geschäftsführer des MWB über Politik und Verwaltung beschwert, so dass ihm telefonisch angeblich zu verstehen gegeben wurde, seine Projekte würden zukünftig kritischer beurteilt. Pikant: Mit Politik konnte nur der Vorsitzende des Planungsausschusses und SPD-Fraktionsvorsitzende Dieter Wiechering gemeint sein. Dieser wies jede Schuld von sich und griff stattdessen den Planungsdezernenten Prof. Peter Vermeulen hart an. Dieser sollte so interessante Fragen beantworten, ob er etwa mit Herrn Esser telefoniert habe. Die Antwort von Prof. Vermeulen, dass er ständig mit Geschäftsführern von MWB und anderen Unternehmen telefoniere, reichte der SPD-Fraktion nicht aus. Schließlich darf ja die in der SPD-Zentrale ausgeheckte Kampagne gegen Peter Vermeulen nicht „ausglühen“

Hinweis:

Wenn Sie Schwierigkeiten haben, diesen Newsletter zu lesen, haben wir ihn zur Sicherheit noch einmal als pdf-Datei beigelegt.

Den dazu nötigen kostenlosen Adobe Acrobat Reader erhalten Sie hier: <http://get.adobe.com/de/reader>

Falls Sie Freunde haben, die an unserer Arbeit interessiert sind, geben Sie uns bitte die entsprechende Email-Adresse, die wir dann in den Verteiler aufnehmen.

Sie können diesen Newsletter mit einer kurzen E-Mail an den Absender abbestellen.

Impressum:

Newsletter der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

Verantwortlich i.S.d. TDG: Wolfgang Michels, Bahnstraße 31, 45468 Mülheim an der Ruhr

Redaktion: Hansgeorg Schiemer

Tel.: 0208 / 45 95 4-0;

E-Mail: cdu-fraktion-muelheim@t-online.de

Homepage: <http://www.cdu-fraktion-muelheim.de>